

Den Rhein runter

Nach der Explosion gibt es neue Vorwürfe gegen den Betreiber des Leverkusener Chemparks

Noch immer laufen die Untersuchungen der Staatsanwaltschaft zur Explosion in der Sondermüllverbrennungsanlage des Leverkusener Chemparks. Bei dem Unglück starben Ende Juli vergangenen Jahres sieben Menschen und 31 weitere Menschen wurden verletzt, teils schwer. Es war das bislang größte Chemie-Unglück in Leverkusen, über Stunden stand eine giftige Rauchwolke über der Stadt.

Jetzt gibt es neue Vorwürfe gegen das Unternehmen Currenta, das den Chempark betreibt. Nachdem der Brand gelöscht worden war, soll Currenta vergiftetes Kühl- und Löschwasser über eine Kläranlage in den Rhein geleitet haben. Bislang hatte es bei den zuständigen Behörden geheißen, alles sei vollständig in Tanks auf dem Gelände der Anlage aufgefangen worden. So steht es auch in einem Bericht der Landesregierung, der gut eine Woche nach dem Unglück veröffentlicht worden war. Daran bestehen nun erhebliche Zweifel.

Der Bund für Umwelt- und Naturschutz (BUND) hat Hinweise darauf gefunden, dass nach dem Unglück mindestens zwölf Tage lang große Mengen eines Insektengifts, das in der EU verboten ist, in den Ablauf der Kläranlage des Chemparks gelangten. Das sollen Messungen belegen, die vom Unternehmen verspätet veröffentlicht wurden. Der BUND schätzt, dass es sich um bis zu sieben Kilogramm gehandelt haben könnte. Inzwischen hat Currenta eingeräumt, aufgrund einer »Notfallsituation« Löschwasser eingeleitet zu haben. Über die Menge haben Currenta und die Bezirksregierung Köln unterschiedliche Angaben gemacht.

Der BUND hat Mitte Januar Strafanzeige wegen Gewässerverunreinigung und unerlaubtem Umgang mit Abfällen gestellt. Beschuldigt wird neben Currenta auch die Bezirksregierung Köln als Aufsichtsbehörde. Ihr wird zusätzlich Strafvereitelung im Amt und mögliche Beihilfe zu einer Straftat vorgeworfen. Die Klimaliste im Leverkusener Stadtrat, die mit dem BUND zusammenarbeitet, hat zudem beantragt, dass Currenta vor dem Leverkusener Rat Auskunft gibt.

Seit Dezember arbeitet auf Anregung der Bezirksregierung Köln auch ein weiteres Gutachter-Team für Currenta an der Aufarbeitung des Unglücks. »Die Gutachter haben anklingen lassen, dass die Anlagen so schnell wie möglich, wieder in Betrieb genommen werden sollen«, sagt Benedikt Rees von der Klimaliste. »Das kann nicht im Sinne der Bevölkerung sein.« Die Anlage sei zu nah an der Wohnbebauung gelegen, außerdem hätten Hochspannungsmasten auf dem Gelände die Löscharbeiten behindert.

Unterdessen hat Currenta im Januar erstmals auch ein »Begleitgremium« einberufen, zu dem Vertreter von Politik und Verwaltung eingeladen waren. Rees, der an der Online-Veranstaltung teilgenommen hat, sagt, er habe den Eindruck gewonnen, das Unternehmen wolle »die Stimmung aufsaugen und wissen, wo der Widerstand ist, um dann entsprechend dagegen angehen zu können.« Die Klimaliste plant nun eine Informationsveranstaltung mit Experten des BUND.

Text: Bernd Wilberg Foto: Jennifer Rumbach